

Newsletter Bremer Friedensforum 11/9. Oktober 2021

(Weiterleitung sehr erwünscht!)

Inhalt heute:

01. Veranstaltungshinweis Bremen: Wie weiter nach dem „Afghanistan-Debakel“?
02. Walter Kaufmann - Welch ein Leben! Premiere Kinodokumentarfilm in Bremen
03. Andreas Zumach: Apartheid im Heiligen Land (?!)- und Strategien zu ihrer Überwindung (Zoom)
- 04) Atomwaffenverbot in den Koalitionsvertrag! Offener Brief an Verhandelnde
- 05) Kathrin Vogler: Jetzt die Chance nutzen: Teilnahme am Atomkriegsmanöver "Steadfast Noon" absagen
- 06) AGDF: Für neue Bundesregierung muss Frieden, Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung Priorität haben
- 07) Einschätzungen zur Bundestagswahl/frieden-links
08. Thema in der FAZ: Gräberfeld sowjetischer Naziopfer in Bremen-Oslebshausen
- 09) Bremer Friedensforum fordert Stopp von Munitions- und Waffenexporten
- 10) Vierzig Jahre Hofgarten-Demonstration 10.10.1981
- 11) Verein Deutsch-Russische Friedenstage Bremen
- 12) Bremer Friedensforum im Netz
- 13) Termine
- 14) In eigener Sache
- 15) Datenschutz

1. Veranstaltungshinweis Bremen

Freitag, 15. Oktober, 19 Uhr

Wie weiter nach dem „Afghanistan-Debakel“?

Müssen die Auslandseinsätze der Bundeswehr in Mali und anderswo beendet werden?

Welche Alternativen bestehen zu einer weiteren Militarisierung und Aufrüstung der

Europäischen Union?

Das Bremer Friedensforum lädt zur Teilnahme an der Präsenz-Veranstaltung am Freitag, 15. Oktober, um 19 Uhr im Saal des Gemeindezentrums Bremen-Neustadt, Kornstraße 31, ein. Die Diskussion wird eingeleitet durch einen Vortrag von Christoph Marischka, Mitarbeiter der Informationsstelle Militarisierung (IMI) und Experte für die militärischen Missionen in der Sahel-Zone.

Für die Teilnahme gilt die 3-G-Regel, um Anmeldung wird per Mail gebeten:
info@bremerfriedensforum.de.

Link:

<https://www.bremen.de/veranstaltung/wie-weiter-nach-dem-afghanistan-debakel-47011650>

Flyer:

<https://www.bremerfriedensforum.de/pdf/AfghanistanDebakel-1.pdf>

2. Walter Kaufmann - Welch ein Leben!

Premiere Kinodokumentarfilm von Karin Kaper und Dirk Szusziés im Cinema Ostertor

Berlin/Bremen. Die Berliner Regisseure Dirk Szusziés und Karin Kaper grüßen herzlich und bitten, Walter Kaufmann, dem wichtigen Zeitzeugen und Überlebenden des Holocaust, Aufmerksamkeit zu schenken. Walter Kaufmann ist am 15. April 2021 im Alter von 97 Jahren in Berlin gestorben.

Am 30. September startete der Kinodokumentarfilm "Walter Kaufmann - Welch ein Leben!" bundesweit in den Kinos. Premiere in Bremen im Cinema Ostertor ist am Montag, 11. Oktober, um 16.00/ 18.15/ 20.30 Uhr. Anschließend weiterer Termin am 12.10. um 18.30 Uhr.

Walter Kaufmann blieb bis zu seinem Tod unermüdlich kämpferisch. Er setzt mit seinem Leben ein nachwirkendes Zeichen gegen jede Form von Rechtsruck und Antisemitismus. Der Film ist ein Appell an uns Lebende, die elementaren Menschenrechte und demokratischen Errungenschaften entschlossen zu verteidigen. Der Film folgt den wesentlichen Lebenslinien und weltweiten Erfahrungen des Protagonisten. Walter Kaufmann erlebte als Jude persönlich die katastrophalen Folgen des Faschismus in Deutschland. Als Schriftsteller und Korrespondent nahm er regen Anteil an der Bürgerrechtsbewegung in den USA, am Prozess gegen Angela Davis, an der Revolution in Kuba, den Auswirkungen der Atombombenabwürfe in Japan, der unendlichen Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes, der Entwicklung und dem Zusammenbruch der DDR. Der Film bietet jüngeren und älteren Zuschauern eine letzte Gelegenheit, die Welt aus der Perspektive dieses

einzigartigen Zeitzeugen vermittelt zu bekommen.

FSK: ab 12 Jahre / Länge: 101 Minuten / Produktion und Verleih: Karin Kaper Film Berlin

Infos, Termine, Kritiken, Trailer, Plakat, Fotos zum Download:

<http://www.walterkaufmannfilm.de>

3) Andreas Zumach: Apartheid im Heiligen Land (?!)- und Strategien zu ihrer Überwindung

Vortrag mit anschließender Diskussion

Donnerstag, 14. Oktober, 19 Uhr

ZOOM-Veranstaltung (online) - um Anmeldung an: dr.griesche@gmx.de wird gebeten.

Kann man, soll man, muss man die Situation in Israel/Palästina als Apartheid bezeichnen, wie das nach vielen anderen Beobachtern der Anfang dieses Jahres auch die israelischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen Betsalem und Human Rights Watch getan haben? Was ist eigentlich genau Apartheid - und zwar nicht nur als Schlagwort? Wie steht es real darum in Israel/Palästina, und welche Bezüge gibt es zur Apartheid-Entwicklung und Überwindung in Südafrika? Was wären Strategien? Was war dort ursächlich zur Überwindung - wirtschaftliche oder zivilgesellschaftliche Bewegungen o.ä.? Kann man etwas von der Entwicklung in Südafrika für Palästina/Israel lernen? Und was wäre die Perspektive für eine gerechte und menschenrechtskonforme Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts? Zwei Staaten oder ein gemeinsamer Staat?

Andreas Zumach ist freier Journalist, Buchautor, Vortragsreferent und Moderator, geboren 1954 in Köln, wohnhaft in Berlin, von 1988 bis 2020 freier Journalist am UNO-Sitz in Genf, Korrespondent für "die tageszeitung" (taz) sowie für weitere Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehanstalten in Deutschland, der Schweiz, Österreich („Die Presse“) und den USA. Zwischenzeitlich zeitweise als Sonderkorrespondent in den USA. Andreas Zumach befasst sich seit seiner Zeit als Freiwilliger und dann Hauptamtlicher der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in den 1970er und 1980er Jahren intensiv mit dem Nahostkonflikt und hat zahlreiche Reisen in die Region unternommen. Seit seinem Vortrag zum Thema „Israel, Palästina und die Grenzen des Sagbaren“ am 7. November 2018 sowie wegen seiner Verantwortung für die Vergabe des Göttinger Friedenspreises an die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ im März 2019 ist er Ziel von Antisemitismus-Verleumdungen. Dagegen hat er mehrfach erfolgreich rechtliche Schritte unternommen. Derzeit führt Zumach gemeinsam mit Nirit Sommerfeld einen Prozess vor dem Oberlandesgericht Stuttgart wegen Verleumdungen durch die Jusos, Grüne Jugend, Deutsch-Israelische Gesellschaft und ein anonymes Autonomes Kollektiv in Ulm.

Veranstaltet von: Deutsch-Palästinensische Gesellschaft Bremen e.V., Israelisches Komitee gegen Hauszerstörung (ICAHD), AK Nahost Bremen, Bremer Friedensforum, Kairos Palästina

Solidaritätsnetz Gruppe Bremen

Link:

http://nahost-forum-bremen.de/?ai1ec_event=andreas-zumach-apartheid-im-heiligen-land-und-strategien-zu-ihrer-ueberwindung

4) Atomwaffenverbot in den Koalitionsvertrag! Offener Brief an Verhandelnde

Bremen/Berlin. In einem Offenen Brief an die Abgeordneten des neu gewählten Bundestages fordern Vertreter:innen deutscher Friedensorganisationen, darunter auch des Bremer Friedensforums, eine zeitgemäße und kooperative Sicherheitspolitik sowie die atomare Abrüstung unter dem Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) – beides müsse fester Bestandteil im Koalitionsvertrag werden. Das Wahlergebnis müsse allgemein als Auftrag zur Modernisierung verstanden werden. „Die bisherige Bundesregierung hat den UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen boykottiert. Mit der neuen Regierungsbildung besteht nun die Chance, das zu ändern. In Umfragen spricht sich bereits eine Mehrheit der Deutschen für eine umfassende atomare Abrüstung aus. Der Ausgang der Wahl ist ein klarer Auftrag an die neue Bundesregierung, als Beobachterin an der Vertragsstaatenkonferenz zum AVV im März nächsten Jahres teilzunehmen und dem UN-Vertrag beizutreten“, unterstreicht Lars Pohlmeier aus Bremen, Co-Vorsitzender der deutschen Sektion der Internationalen Ärzt:innen für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW).

Diese Forderung wurde auch in dem Offenen Brief betont. Weithin müsse die zukünftige Bundesregierung die Beschaffung neuer Atomwaffen-Trägerflugzeuge für die Bundeswehr stoppen und sich für den Abzug aller US-Atombomben aus Deutschland einsetzen. Der UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen sei das geeignete Instrument, um die weltweite Abrüstungsdebatte als Vorreiterstaat voranzutreiben. Die Organisationen riefen die Abgeordneten dazu auf, die genannten Impulse in ihre Gespräche und Verhandlungen aufzunehmen.

Seit dem 22. Januar 2021 ist der mit großer Mehrheit der Staaten beschlossene AVV in Kraft. Er verbietet den Vertragsstaaten unter anderem die Herstellung, die Stationierung und den Einsatz von Atomwaffen. Über 100 deutsche Städte, darunter alle Landeshauptstädte, mehrere hundert Abgeordnete aus dem Europaparlament, Bundestag und Landtagen sowie Landtagsbeschlüsse in Berlin, Bremen, Hamburg und Rheinland-Pfalz unterstützen bereits einen Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag.

Den offenen Brief können Sie u.a. hier lesen:

<https://www.bremerfriedensforum.de/1406/aktuelles/Offener-Brief-an-Bundestagsabgeordnete/>

5) Kathrin Vogler: Jetzt die Chance nutzen: Teilnahme am Atomkriegsmanöver "Steadfast Noon" absagen, Atomwaffen aus Deutschland abziehen und dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beitreten!

Berlin. Kathrin Vogler, friedenspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, hat im Verteidigungsministerium (BMVg) nachgefragt, wie weit die im Sommer von Kommodore Oberst Thomas Schneider angekündigten Umbaumaßnahmen am Fliegerhorst Büchel fortgeschritten sind, in deren Rahmen die Shelter ("Flugzeugschutzbauten") für die aktuell von der Bundeswehr genutzten Tornado-Kampffjets so angepasst werden sollen, dass "auch der Nachfolger des Tornados, die F 18, hineinpassen" (Rhein-Zeitung vom 12.08.2021). Anders als der Bücheler Kommodore lässt das BMVg jedoch in seiner Antwort offen, für welchen Nachfolge-Kampffjet die bisher offenbar noch nicht begonnenen Baumaßnahmen vorgenommen werden sollen.

Kathrin Vogler dazu: "Es ist unerträglich, dass die Bürger*innen unseres Landes immer noch im Unklaren gelassen werden, was am Atomwaffenstandort Büchel passiert. Die neue Bundesregierung wird sich auch daran messen lassen müssen, ob sie weiterhin an den Atomkriegsplänen der NATO unter deutscher Beteiligung festhält, oder ob sie bereit ist, die nukleare Teilhabe Deutschlands aufzugeben und dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten und damit dem mehrheitlichen Wunsch der Bevölkerung zu folgen."

Kathrin Vogler weiter: "Die bisherige Bundesregierung will ab 2025 bis zu 100 Eurofighter sowie 45 US-amerikanische F-18 -Kampfflugzeuge anschaffen. Die teils für den Abwurf von Atombomben zertifizierten US-Maschinen sollen dem in Büchel stationierten Taktischen Luftwaffengeschwader 33 der Bundeswehr zur Verfügung gestellt werden. Mit ihnen würden im Kriegsfall dann Bundeswehripiloten im Rahmen der Nuklearen Teilhabe die ebenfalls in Büchel stationierten US-amerikanischen Atombomben zum Abwurf bringen. Diese Aufrüstungsmaßnahmen sind brandgefährlich, denn sie werden das ohnehin angespannte Verhältnis zu Russland, dem potenziellen Ziel dieser mörderischen Waffen, weiter eskalieren. Es ist jetzt die richtige Zeit, mit der atomaren Abschreckung zu brechen und die Vorbereitung eines Atomkrieges in Europa zu beenden. Als erster Schritt sollte die deutsche Beteiligung an dem in den nächsten Tagen beginnenden Nuklearkriegsmanöver 'Steadfast Noon' abgesagt werden."

Kathrin Vogler abschließend: "Mit der Abwahl der bisherigen Bundesregierung gibt es auch eine Chance, die Atomwaffen aus Deutschland abzuziehen und aus den Atomkriegsstrategien der NATO auszusteigen. SPD und Grüne müssen in den Koalitionsverhandlungen Farbe bekennen und den Weg dafür bereiten, dass Deutschland frei von Atomwaffen wird."

Der Text dieser Pressemitteilung auf Kathrin Voglers Homepage:

<https://www.kathrin-vogler.de/start/aktuell/details/news/jetzt-die-chance-nutzen-teilnahme-am-atomkriegsmanoever-steadfast-noon-absagen-atomwaffen-aus-deutsch/>

Hinweis: Gegen das Atomkriegsmanöver „Steadfast Noon“ findet am Samstag, 9. Oktober,

eine Demonstration der Friedensbewegung in Nörvenich statt.

Weitere Informationen dazu unter

http://www.atomwaffenfrei.de/fileadmin/user_upload/20211009-Noervenich-Aktionsaufruf_zu_Steadfast_Noon_V3_web_.pdf

6) AGDF: Für neue Bundesregierung muss Frieden, Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung Priorität haben

Bonn. Angesichts der dramatischen Veränderungen in der Welt fordert die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) von der künftigen Bundesregierung die Entwicklung von Alternativen. „Der Einsatz für Frieden, mehr Gerechtigkeit und die Umsetzung der UN-Ziele für eine nachhaltige Entwicklung muss für die neue Bundesregierung Priorität haben“, heißt es in einer von der AGDF-Mitgliederversammlung in Wetzlar verabschiedeten Resolution zu den Erwartungen christlicher Friedensdienste an die neue Bundesregierung... Der Friedensverband lehnt darüber hinaus die geplante weitere Anhebung des Militäretats ab und fordert von der neuen Bundesregierung den Einsatz für Verträge zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung sowie für ein Abkommen zur weltweiten Ächtung autonomer Waffen. Deutschland solle zudem nach Ansicht der AGDF auf die Anschaffung von Kampfdrohnen verzichten und die Rolle des US-Stützpunktes Ramstein kritisch überprüfen. Ebenso sei ein Beitritt zum Nuklearwaffenverbotsvertrag und der Verzicht auf die nukleare Teilhabe in der NATO wichtig...

Vollständige Pressemitteilung:

<https://www.evangelische-friedensarbeit.de/artikel/2021/agdf-fuer-neue-bundesregierung-muss-frieden-gerechtigkeit-und-nachhaltige-entwicklung>

7) Einschätzungen zur Bundestagswahl/frieden-links

Bremen. Diverse Stellungnahmen - auch von Aktiven aus der Friedensbewegung - zum Ausgang der Bundestagswahl, vor allem bezogen auf die Partei Die Linke, sind veröffentlicht unter <https://frieden-links.de/>.

8) Thema in der FAZ: Gräberfeld sowjetischer Naziopfer in Bremen-Oslebshausen

Bremen. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) berichtete am 24. September zur geplanten Ansiedlung der Bahnwerkstatt auf dem ehemaligen sogenannten "Russenfriedhof" in Bremen-Oslebshausen. Das Thema war der FAZ so wichtig, dass sie es am Freitag vor der Bundestagswahl auf Seite 4 im Politikteil ganzseitig mit einem sehr ausführlichen Artikel beleuchtet hat.

[https://deutsch-russische-friedenstage.de/wp-content/uploads/2021/10/210924_FAZ_S.4_Glas_DieGra%CC%88ber-der-Zwangsarbeiter-scaled.jpg]

Wir müssen heute mit einer sehr großen Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass mindestens 300 sowjetische Kriegsofopfer weiterhin an der Reitbrake bestattet liegen. Wir haben im russischen Archiv MEMORIAL zwischenzeitlich über 400 Namen recherchieren können (<https://rb.gy/n51ele> <<https://rb.gy/n51ele>>). Die Umbettung war nachweislich sehr beschwerlich. Vor allem aber war sie offenbar nicht vollständig. Spätere Umbettungen an einen anderen Ort sind bis heute nicht bekannt.

Wir erinnern an die Einschätzung von Herrn Prof. Dr. Robert Heinsch (Universität Leiden), eine der weltweit führenden Kapazitäten im humanitären Völkerrecht: "Die Errichtung einer Bahnwerkstatt auf dem Areal einer Kriegsgräberstätte, wo Verstorbene ihren letzten Ruheort gefunden habe, ist also nicht mit dem humanitären Völkerrecht vereinbar, wenn deren sterblichen Überreste nie exhumiert und umgebettet worden sind."

Das Junktim, eine Ansiedlung der Bahnwerkstatt erst in dem Falle kritisch zu hinterfragen, sollten sterbliche Überreste nicht geborgener Toter gefunden werden, ist vermutlich rechtlich zweifelhaft. Es führt zu Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht (Genfer Konventionen, Völkerstrafgesetzbuch (VStGB), den Art. 1 des Grundgesetzes, § 168 StGB sowie gegen sämtliche bilateralen Kriegsgräberabkommen mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion).

Dieter Winge von der BI Oslebshausen und Ekkehard Lentz vom Bremer Friedensforum haben die Aufarbeitung der NS-Geschichte der Bremer Behörden und die Einsetzung einer Historikerkommission gefordert: "Wir vermuten weitere Informationen in den Archiven der Bausenatorin, des Finanzsenators sowie des Staatsarchivs und des Bundesarchivs, die bislang noch nicht erschlossen wurden und aus denen sich eventuell auch die Identität der in Oslebshausen bestatteten NS-Opfer ermitteln lässt. Schon heute ist klar, dass der damalige NS-Bausenator zahlreiche sowjetische Zwangsarbeiter beschäftigte. Von jedem privatwirtschaftlich arbeitenden Unternehmen fordert man zu Recht die Aufarbeitung der eigenen NS-Vergangenheit wie z.B. bei Kühne und Nagel. Dies sollte selbstverständlich auch für staatliche Stellen - wie jüngst von Bundespräsident Frank Walter Steinmeier gefordert - und den Bremer Senat gelten. Wir dürfen nochmals darauf hinweisen, dass es mit der brachliegenden Bahnfläche der Deutschen Bahn in unmittelbarer Nähe zum Hauptbahnhof eine alternative Fläche gibt, die sich für die Ansiedlung der Bahnwerkstatt anbietet. Eine detaillierte und plausible Machbarkeitsstudie liegt der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau vor. Bislang verfolgt der Bremer Senat unbeirrt die Ansiedlung an diesem Standort und bemüht sich nicht ernsthaft um Alternativen. Hierdurch geht unnötig wertvolle Zeit verloren. Die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft werden somit im kommenden Jahr in die Zwangslage gebracht, für eine Planfeststellung zu stimmen, die mitunter eine Verletzung des internationalen humanitären Völkerrechts zur Folge haben könnte und damit auch vermutlich gegen das Völkerstrafgesetzbuch verstoßen wird."

Artikel in der FAZ:

https://deutsch-russische-friedenstage.de/wp-content/uploads/2021/10/210924_FAZ_S.4_Glas_DieGra%CC%88ber-der-Zwangsarbeiter-scaled.jpg

Wer ein anderes Format erhalten möchte, schicke uns bitte eine Mail:
info@bremerfriedensforum.de

9) Bremer Friedensforum fordert Stopp von Munitions- und Waffenexporten

Bremen. Bremen ist bekanntlich ein wichtiger Rüstungsexportstandort in Deutschland. Bei den Genehmigungen für Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nimmt der Stadtstaat einen der vorderen Plätze ein. Darüber berichtete der Weser Kurier am 8. September. Nach seinen Recherchen lag Bremen im Bundesländervergleich auf Platz sechs (Kriegswaffen) beziehungsweise sieben (sonstige Rüstungsgüter). Die Zeitung weist auch darauf hin, dass im Jahr 2020 allein 19.532 Tonnen Munition über die bremischen Häfen exportiert wurden und damit deutlich mehr als 2019. Zu den Hauptempfängerländern all dieser Munitions- und Rüstungsexporte aus oder über Bremen gehörten auch problematische Länder: Der Weser Kurier zählt unter anderem auch die Vereinigten Arabischen Emirate, Mexiko, Pakistan, Israel, die USA und Brasilien auf. Ekkehard Lenz vom Bremer Friedensforum forderte gegenüber der Zeitung daher ein generelles Verbot von Rüstungsexporten. Dies wäre, so Lenz, ein wichtiger Beitrag für gewaltfreie Konfliktlösungen, denn Unterdrückung, Gewalt und Krieg würden auch durch deutsche Waffen ermöglicht.

Weitere Informationen:

<https://www.aufschrei-waffenhandel.de/daten-fakten/ruestungsstandorte/bremen/#c12513>

<https://www.bremerfriedensforum.de/ruestung-in-bremen/>

Übrigens „..verkündet die Firma Lürssen die Neustrukturierung und Bündelung des Marineschiffbaus“, siehe auch:

<https://www.weser-kurier.de/bremen/politik/luerssen-werft-setzt-auf-marineschiffbau-vorteil-fuer-alle-standorte-doc7hs2m2uds8g1c9ltnobt>

10) Vierzig Jahre Hofgarten-Demonstration 10.10.1981: „Friedensbewegung hat Weg für Atomwaffenverbotsvertrag geebnet“

Bonn. Es war die bis zu diesem Zeitpunkt größte Demonstration, die die Bundesrepublik Deutschland erlebt hatte. Am 10. Oktober 1981 kamen rund 300.000 Menschen im Bonner Hofgarten zusammen, um gegen den NATO-Doppelbeschluss zu demonstrieren. Sie stand

unter dem Motto: „Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen“. Die Veranstalter Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) und die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) erinnern in einer Pressemitteilung.

Bitte weiterlesen:

<https://www.evangelische-friedensarbeit.de/artikel/2021/40-jahre-hofgarten-demonstration-friedensbewegung-hat-weg-fuer-atomwaffenverbotsvertrag>

11) Verein Deutsch-Russische Friedenstage Bremen

Bremen. Über die Arbeit des Vereins „Deutsch-Russische Friedenstage Bremen e. V.“ informiert regelmäßig die Website <https://deutsch-russische-friedenstage.de/>

12) Bremer Friedensforum im Netz

Bremen. Mehr Informationen bringt die Internetseite des Bremer Friedensforums. Wir empfehlen auch die täglich mehrfach aktualisierte Facebook-Seite des Bremer Friedensforums. Friedenspolitische News aus Bremen gibt es auch auf Twitter und Instagram. Bitte liken, teilen, folgen und abonnieren!

<https://www.bremerfriedensforum.de>

<https://www.facebook.com/bremerfriedensforum>

<https://twitter.com/ekkehardlentz1>

https://www.instagram.com/bremer_friedensforum

13. Termine

* Termine aus der Friedensbewegung: <https://www.friedenskooperative.de/termine.htm>

* Weitere Informationen aus der Friedensbewegung: <http://www.friedensratschlag.de>

* Regelmäßige Termine in Bremen:

+ Jeden Donnerstag, 17 bis 18 Uhr, Mahnwache Bremer Friedensforum, Marktplatz

+ Jeden dritten Freitag im Monat, 12 bis 13 Uhr, Mahnwache gegen die Rüstungshochburg Bremen an der Domsheide (vor "Kapitel 8")

+ Jeden Freitag, 17 Uhr, Kundgebung der "Nordbremer Bürger gegen Krieg", Bremen-Vegesack, Gerhard-Rohlf's-Straße/Breite Straße

Sonntag, 10. Oktober 2021, 18:00 Uhr, Filmpremiere: „Zeit der Verleumder“ auf dem Youtube-Kanal von Projekt Kritische Aufklärung [www.projektkritischeaufklaerung.de]

Direkt im Anschluss diskutieren Moshe Zuckermann, Rolf Becker und die Filmemacher mit dem Publikum auf Youtube

Dokumentarfilm von Dror Dayan und Susann Witt-Stahl, Deutschland 2021 mit Moshe Zuckermann, Rolf Becker, Jackie Walker, Ali Abunimah, Moshé Machover, Judith Bernstein, Esther Bejarano u.a.

>> http://nahost-forum-bremen.de/?ai1ec_event=filmpremiere-zeit-der-verleumder&instance_id=41

Montag, 11. Oktober, Bremen, Cinema Ostertor, 16:00/18:15/20:30 Uhr, Bremer Premiere des Kino-Dokumentarfilms "Walter Kaufmann - Welch ein Leben!" von Karin Kaper und Dirk Szuszi - Zusätzliche Schulvorführung im Kino am 12. Oktober; jeweils in Anwesenheit der Regisseurin Karin Kaper, anschließend Termine 12./13. Oktober um 18.30 Uhr - bitte frühzeitig Ticketkauf/Reservierung online oder an der Kinokasse

Walter Kaufmann ist am 15. April im Alter von 97 Jahren in Berlin gestorben. Die Nachricht von seinem Tod fand bundesweit und international große Beachtung. In seinem Leben spiegeln sich auf außergewöhnlichste Weise weltweitbedeutende Ereignisse, Katastrophen, Erschütterungen des letzten Jahrhunderts, die bis in unsere Gegenwart wirken. Der Film wurde gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und der Kurt und Hildegard Löwenstein/Losten Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Auschwitz Komitee e.V.

>> Infos zum Film: <http://www.walterkaufmannfilm.de>

Donnerstag, 14. Oktober, Michael Lüders kommt nach Bremen-Lesum, Kulturscheune Kränholm, Eintritt 10 Euro, Beginn: 19 Uhr, Lesung aus seinem neuen Buch "Die scheinheilige Supermacht", verbindliche Anmeldung: 0421/633799, per WhatsApp 01573/3918591 oder in der Buchhandlung "Lesumer Lesezeit"

Donnerstag, 14. Oktober, 19 Uhr; Ort: ZOOM-Veranstaltung (online), Andreas Zumach: Apartheid im Heiligen Land (!)- und Strategien zu ihrer Überwindung, Vortrag mit anschließender Diskussion. Wir bitten um Anmeldung: dr.griesche@gmx.de - Veranstaltet von: Deutsch-Palästinensische Gesellschaft Bremen e.V., Israelisches Komitee gegen Hauszerstörung (ICAHD), AK Nahost Bremen, Bremer Friedensforum, Kairos Palästina Solidaritätsnetz Gruppe Bremen

>> http://nahost-forum-bremen.de/?ai1ec_event=andreas-zumach-apartheid-im-heiligen-land-und-strategien-zu-ihrer-ueberwindung&instance_id=38

Freitag, 15. Oktober, 19 Uhr, Gemeindezentrum Bremen-Neustadt (Zion), Kornstraße 31, Christoph Marischka (Informationsstelle Militarisierung/IMI) zum Thema: "Wie weiter nach dem 'Afghanistan-Debakel'? - Mali-Einsätze auf dem Prüfstand!" Veranstalter: Bremer

Friedensforum - Für die Teilnahme gilt die 3-G-Regel, um Anmeldung wird per Mail gebeten:
info@bremerfriedensforum.de.

>> <https://www.bremerfriedensforum.de/pdf/AfghanistanDebakel-1.pdf>

15. bis 17. Oktober, Barcelona, Zweiter Weltfriedenskongress

>> <https://www.ipb2021.barcelona/>

Samstag/Sonntag, 23. und 24. Oktober, Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, 60329 Frankfurt/Main (Nähe HBF), Online- und Offline-Konferenz mit Vorträgen, Gruppen- und Paneldiskussionen „Militarismus und Frieden in Lateinamerika und der Karibik“, Mitwirkende aus Brasilien, Chile, Deutschland, Kolumbien, Kuba, Österreich, Schweiz, Venezuela.

Veranstaltet von: International Peace Bureau (IPB) | Netzwerk Cuba – informationsbüro – e.V., Deutschland | Österreichisch - Kubanische Gesellschaft (ÖKG) | Vereinigung Schweiz-Cuba (VSC)

Themen: Lateinamerika ist Teil des Militarisierungs- und Aufrüstungstrends in der Welt, der seit dem NATO-Gipfel in Wales 2014 weiter zugelegt hat. Dazu werden Militarismus und Widerstand in Lateinamerika und der Karibik rückblickend analysiert: Historie, Kolonialismus, Imperialismus, Anti-Imperialismus, die Militarisierungen der Gesellschaften, die Rolle der USA/Nato in Lateinamerika, die Sanktionen und Blockaden als kriegerischer Interventionismus, und die Erfahrungen von Friedensprozessen am Beispiel Kolumbiens. Darauf aufbauend werden Gegenstrategien gegen die wachsende Militarisierung und Militarismus in Lateinamerika und mögliche Alternativen herausgearbeitet: „Wie geht Frieden in Lateinamerika? Welche Handlungsoptionen und Möglichkeiten gibt es? Was sind nächste Schritte?“

>> Das Programm gibt es hier: <https://bit.ly/2X6dq5j> (<https://www.netzwerk-cuba.org/wp-content/uploads/2021/09/LAK-DE-Militarismus-und-Frieden-Programm.pdf>)

Online-Registrierung: zur Zoom-Konferenz über <https://bit.ly/3z3B8Ne> (zoom Link).

Anmeldung für Frankfurt: Wegen der voraussichtlich begrenzten Präsenzmöglichkeiten (Corona-Bedingungen) ist eine Anmeldung an Frieden-und-zukunft@t-online.de notwendig.

Sonntag, 31. Oktober, Gewerkschaftshaus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Str. 69 - 77, 60329 Frankfurt am Main, „20 Jahre NATO-Krieg in Afghanistan – eine vorläufige Bilanz“, Konferenz der Friedensbewegung, Referent*innen:

Mit Matin Baraki (deutsch-afghanischer Politologe), Emran Feroz (afghanisch-österreichischer Journalist und Autor, angefragt), Joachim Guilliard (Publizist und Autor), Claudia Haydt (Informationsstelle Militarisierung), Lisa Ling und Cian Westmoreland (US-Veteran*innen, Whistleblower), Prof. Dr. Norman Paech (Völkerrechtler), Karim Popal (Rechtsanwalt und Anwalt der Angehörigen der Kundus-Opfer), Prof. Dr. Sabine Schiffer (Medienwissenschaft-

lerin), Friederike Stahlmann (Sozialwissenschaftlerin) u.a., Grußworte: Malalai Joya (afghanische Politikerin), Christa Lörcher (Ex-MdB, stimmte als einzige Sozialdemokratin gegen den Bundeswehreinsatz in Afghanistan)

Veranstalter*innen: Attac-AG Globalisierung & Krieg; Friedens- und Zukunftswerkstatt Frankfurt; pax christi Rottenburg-Stuttgart; Bundesausschuss Friedensratschlag; Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW); Naturwissenschaftlerinitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit; DFG-VK Gruppe Frankfurt; Drohnen-Kampagne

Samstag, 20. November, Sudhaus (Werkstatt), Hechingerstraße 203, 72072 Tübingen, IMI (Informationsstelle Militarisierung)-Kongress-2021, "Manöver als Brandbeschleuniger: Kriegsspiele, Manöver und Konfrontation"

Über alles Wissenswerte zum Kongress informiert www.imi-online.de/uber-imi/imi-kongress-2021

14. In eigener Sache

Bleiben Sie bitte dem Bremer Friedensforum gewogen und sparen Sie nicht mit Vorschlägen, Ergänzungen, Texten und anderen Reaktionen an: info@bremerfriedensforum.de. Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch gern darauf hinweisen, dass das Bremer Friedensforum auf ehrenamtlicher Basis arbeitet.

Und: Friedensarbeit kostet auch Geld! Im Unterschied zu Rüstungsproduzenten erhalten wir keine staatliche Unterstützung aus Steuergeldern, sondern finanzieren unsere Arbeit ausschließlich aus Spenden.

Unser Spendenkonto lautet: Ekkehard Lentz (für das Bremer Friedensforum), IBAN: DE 47 2501 0030 0123 2683 06, BIC: PBNKDEFF. Danke!

15. Datenschutz

In unregelmäßigen Abständen erhältst Du/erhalten Sie von mir/uns einen Email-Newsletter über Neuigkeiten aus dem Arbeitsbereich des Bremer Friedensforums. Ab dem 25. Mai 2018 ist die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Kraft getreten. Dies bedeutet, dass Deine/Ihre persönlichen Daten nach der neuen Verordnung nur mit Deiner/Ihrer Einwilligung verarbeitet werden dürfen. Gerne möchte(n) ich/wir Dich/Sie auch weiterhin mit Informationen versorgen. Sollte dieses jedoch in Zukunft nicht mehr erwünscht sein, bitte(n) ich/wir um eine kurze und formlose Email an: info@bremerfriedensforum.de. Wir nehmen euch dann aus dem Verteiler. Möchtest Du/möchten Sie auch weiterhin unseren Newsletter bekommen, brauchst Du/brauchen Sie nichts unternehmen. Siehe auch

Datenschutzerklärung: <https://www.bremerfriedensforum.de/Datenschutz>